

XIV. Stipendiatenkolloquium der Bundesstiftung Aufarbeitung, 23. bis 25. Januar 2014 im Ringberghotel Suhl

Ein Bericht von Arne Hoffrichter und Peter Römer

2014 jährt sich der Beginn des Ersten Weltkriegs zum 100. Mal, während der Auftakt des Zweiten Weltkriegs 75 Jahre zurückliegt. In positiver Kontrastierung zu diesen beiden Daten stehen zwei Ereignisse, die für die Erforschung der jüngeren Zeitgeschichte von kaum zu überschätzender Bedeutung sind: Die Revolutionen gegen die Diktaturen Osteuropas mit dem Mauerfall als symbolträchtigstem Ereignis vor 25 sowie die EU-Osterweiterung vor 10 Jahren. Eingedenk dessen hat die *Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur* das Jahr 2014 zum „Europäischen Jahr der Zeitgeschichte“ erklärt und die 7. Geschichtsmesse unter das Motto „Diktatur und Demokratie im Zeitalter der Extreme“ gestellt. Wie bereits in den vergangenen beiden Jahren fand auch das diesjährige Stipendiatenkolloquium der Bundesstiftung Aufarbeitung im Rahmen der Geschichtsmesse im Ringberghotel Suhl statt, das im letzten Jahrzehnt der DDR als sozialistisches Urlaubsdomizil für Mitglieder und Funktionäre des DDR-Bauernverbandes fungierte. Die Verbindung mit der Geschichtsmesse gibt den Stipendiaten die Möglichkeit, sich über die rein wissenschaftliche Diskussion hinaus etwa auch mit Lehrern, Vertretern der Museen oder der politischen Bildung zu vernetzen.

Unter der Ägide von Ulrich Mählert, Leiter des Arbeitsbereichs Wissenschaft bei der Bundesstiftung Aufarbeitung, und Peter Maser, Vorsitzender des Fachbeirates Wissenschaft ebendort, stellten insgesamt acht Promovierende ihre Dissertationsprojekte vor. Während zwei Neustipendiaten einen kurzen Einblick in ihr Forschungsvorhaben gaben, stellten sechs Referenten ihre Studien bereits zum zweiten Mal vor und konnten so im fortgeschrittenen Stadium der Arbeiten auch schon auf erste Ergebnisse verweisen. Auf diese Weise wurde deutlich, in wie weit es gelungen war, Anregungen aus dem Vorjahr umzusetzen oder zu Beginn der Projekte ausgemachte Problemlagen zu lösen. Wie immer umfassten die Vorträge ein thematisch weitgefasstes Spektrum. Die geförderten Studien beschränken sich nicht nur auf klassisch historische oder politikwissenschaftliche Zugänge, sondern verfolgen auch methodische Ansätze aus der Intellektuellenforschung, Religions- und Erinnerungstheorie. Entsprechend zeichneten die Projektvorstellungen ein Bild der unterschiedlichsten politischen und gesellschaftlichen Phänomene, das von der Symbolkraft eines Kernkraftwerkes zur Hochzeit des Kalten Krieges in den 1950er Jahren bis zu den Nachwirkungen der jugoslawischen Diktatur in der jüngsten Vergangenheit reichte.

Nachdem die Stipendiaten an den Auftaktveranstaltungen der Geschichtsmesse teilgenommen hatten, bildete der Vortrag von **Andrea Prause** den Auftakt des Kolloquiums. Ihr Dissertationsvorhaben beschäftigt sich mit der alternativen Modeszene der DDR in den 1980er Jahren. Eines der sicherlich signifikantesten Resultate ihrer Forschung stellte die Referentin gleich an den Beginn ihres Vortrages. Denn die „subkulturelle Parallelwelt Mode“, die neben Designern und Models auch Fotografen, Tänzer, Pantomimen und weitere „Lebenskünstler“ umfasste, beschränkte sich nicht, wie zunächst angenommen, auf Ostberlin, sondern war auch in weiteren Städten der DDR existent. So verließen in deutlicher Abgrenzung zu den offiziellen Bekleidungsvorgaben in der DDR nicht nur Modegruppen aus dem Prenzlauer Berg („allerleirauh“ oder „chic, charmant und dauerhaft“) die vorgegebenen

Pfade. Gleiches galt beispielsweise auch für die Projekte „ARTich“ aus Lübben oder „Avantgarde“ aus Karl-Marx-Stadt. Trotz aller Unterschiede waren die Aktivitäten der Gruppen insgesamt Ausdruck des Ausbruchs aus der Gleichförmigkeit und mithin eine Reaktionsform auf die Herrschaftspraxis der DDR. Andrea Prause nannte vier wesentliche Ausprägungsformen innerhalb der alternativen Modeszene, die in sich sehr heterogen agierte. Ausdruck eines programmatischen Individualismus war danach die ökonomisch motivierte Nähsszene in privaten Haushalten, die den Bedarf an nicht-konformer Kleidung in der „modischen Mangelgesellschaft“ via Schwarzmarkt bediente – etwa mit dem Bedrucken schlichter T-Shirts. Ferner existierten neben Modenschauen eher herkömmlicher Machart auch unkonventionelle Modeshows, die im Sinne eines ausgeprägten Hedonismus an der westlichen Jugendkultur des Punk und New Wave orientiert waren. Der Protest gegen den Allmachtsanspruch des SED-Staates drückte sich aber vor allem in den Modetheatern aus, in denen die Kleidung zum Medium der oppositionellen Botschaften avancierte. So wurden beispielsweise überweite Kleider mit der Forderung nach mehr Durchlässigkeit und starke Schminke mit Kritik an der Gleichförmigkeit der DDR verbunden. Gegen Ende der 1980er Jahre tolerierten die Behörden zunehmend diese subversiven Ausdrucksformen – bei jedoch weiter anhaltender Überwachung durch die Staatssicherheit. So kam es schließlich auch zu einigen Inszenierungen im (halb-)öffentlichen Raum, da dem Scheitern der vorangegangenen Repressionsmaßnahmen, so Prauses These, nun mit partiellen Integrationsmaßnahmen begegnet werden sollte.

Um ein Prestigeprojekt der DDR-Staatsführung ging es im folgenden Vortrag. **Sebastian Stude** – 2014 in die Förderung aufgenommen – präsentierte sein Dissertationsvorhaben zum Kernkraftwerk Rheinsberg. Dieses war in einem Naturschutzgebiet nördlich von Berlin gelegen und mit dem Wasser des von Fontane Ende des 19. Jahrhunderts beschriebenen Stechlinsees gekühlt worden. Walter Ulbricht hatte im März 1956 den Bau der Anlage nicht allein öffentlich gefordert, um die Stromversorgung zu verbessern. Vielmehr war mit der friedlichen Nutzung der Kernkraft von Anfang an eine Fortschrittssymbolik und mithin eine politische Ebene verbunden. Erklärtes Ziel war es, das Kernkraftwerk in Rheinsberg eher ans Netz zu nehmen, als dies der Bundesrepublik mit einer vergleichbaren Einrichtung gelingen konnte. Stude geht es in seiner Arbeit hingegen nicht nur um die Symbolkraft des ersten deutschen Kernkraftwerkes im Kräftefeld der beiden deutschen Staaten. Vielmehr weist sein Vorgehen auf eine gründliche Analyse der Strukturen auch innerhalb des Werkes hin. Zunächst ist geplant zu prüfen, in wie weit die DDR-typischen Herrschaftsstrukturen innerhalb des KKW etabliert werden konnten. Mit Blick auf die Rolle der Staatssicherheit ist hierbei besonders zu beachten, dass das MfS durch hauptamtliche Mitarbeiter vor Ort war, diese aber kaum über die notwendige fachliche Expertise verfügten, um die Arbeit der Kraftwerksmitarbeiter in der Gänze beurteilen zu können. Damit verknüpft stellte der Referent die Frage nach der Rolle der im Werk Arbeitenden. Es gälte zu untersuchen, ob sich ein besonderer Typus des KKW-Arbeiters entwickelt habe und welches Verhältnis die Belegschaft zu den Menschen ihrer brandenburgischen Umwelt entwickelte. Schließlich soll auch die wirtschaftspolitische Bedeutung in die Analyse einbezogen und so die Gesamtbedeutung des Kernkraftwerkes Rheinsberg in der DDR herausgearbeitet werden.

Mihaela Petkovic widmet sich mit ihrem Promotionsprojekt der Erinnerung an den Kommunismus, genauer der unterschiedlichen Instrumentalisierung der Vergangenheit in Kroatien nach dem Ende der Diktatur 1990. Im Mittelpunkt ihrer Studie steht die Frage, wie sich die von der Europäischen Union implizit oder explizit formulierten Aufarbeitungsnormen zur kroatischen Geschichtspolitik verhalten. Insbesondere werden hierbei die stark fragmentierten Lesarten der eigenen Vergangenheit innerhalb des ehemaligen jugoslawischen Teilstaates in den Blick genommen. Unter Verwendung eines politikwissenschaftlichen Ansatzes untersucht Petkovic den Kampf um die Deutung der *dreifachen* Vergangenheit innerhalb der kroatischen Gesellschaft, das heißt des faschistischen Ustascha-Regimes vor 1945, der kommunistischen Zeit und der Jahre des Kroatienkrieges. Träger des Diskurses sind hierbei im rechten Spektrum vor allem die Verbände, die jene unter ihrem Dach vereinen, die sich als Opfer des Kommunismus sehen. Ihr Pendant linker Ausprägung ist der Dachverband „Antifaschistischer Kämpfer und Antifaschisten Kroatiens“ (SABA). Im Vortrag stellte die Referentin deutlich heraus, dass beiden Seiten nicht die Aufarbeitungsnormen der EU als Leitschnur dienen, sondern im Sinne eines *Opfer-Täter-* bzw. *Kollaboration-Widerstand-Denkens* entweder der Partisanenmythos oder die Legende der Verteidigung der kroatischen Nation durch das Ustascha-Regime weiter bedient werden. Der Streit um die Deutungshoheiten, bei dem nicht ausschließlich um Interpretationen sondern auch um schlichte historische Fakten gerungen wird, spielt sich vor dem politischen Hintergrund der Postkonflikt-Gesellschaft ab. In einer solchen Gesellschaft greifen Polarisierung, Transformation, Nation-building und Postsozialismus ineinander und überlagern sich gleichsam gegenseitig. Mihaela Petkovic stützt ihre Forschung hauptsächlich auf die veröffentlichten Verbandspublikationen des SABA und des Verbandes ehemaliger politischer Häftlinge (HDPZ). An einigen anschaulichen Beispielen konnte sie deutlich machen, wie stark diese Propaganda mit den Standards der EU auch noch im EU-Beitrittsprozess Kroatiens kollidierte.

Am Ende des ersten Kolloquiumstages stellte als zweiter Neustipendiat **Mark Homann** sein Dissertationsvorhaben zur Diskussion. Homann erforscht anhand der Mahn- und Gedenkstätte des antifaschistischen Widerstandes in Wernigerode den Anspruch und die gesellschaftliche Praxis sozialistischer Geschichtspolitik in der DDR-Provinz. Zum Ende des „Dritten Reiches“ war im Veckenstedter Weg in der Harzstadt ein großes Außenkommando des Konzentrationslagers Buchenwald eingerichtet worden, dessen Häftlinge in den Jahren 1943/44 unter hoher Verlustrate in einer nahen Aluminiumgießerei zur Arbeit gezwungen wurden. Nachdem das Gelände und seine Baulichkeiten nach dem Krieg zunächst als Flüchtlingslager und dann als Altenheim genutzt wurden, hatte sich die SED 1969 entschieden, den Ort im Sinne der eigenen Geschichtspolitik zu nutzen. Der Referent betonte, dass die Auswahl des Standortes in Wernigerode bemerkenswert sei, da in der unmittelbaren Umgebung nicht wenige vergleichbare Stätten des NS-Terrors existierten. Die Mahn- und Gedenkstätten dienten dem DDR-Regime als Orte politischer Selbstlegitimation, fungierten aber ebenso als Stätten des kulturellen Lebens. Im Sinne dieser Funktionen erhielt die MGS Veckenstedter Weg eine ähnliche Ausstattung, wie auch die größeren Einrichtungen dieser Art, was sie, so Homann, für die Nutzung als Inszenierungsort des DDR-Regimes besonders geeignet machte. Nach 1990 geriet das ehemalige KZ-Außenkommando wie schon zwischen 1945 und 1969 ins Vergessen. In der anschließenden Diskussion kristallisierte sich mehr und

mehr heraus, dass sinnvoll das Jahr 1969 mit der Widmung zur Mahn- und Gedenkstätte den Fluchtpunkt der Studie bilden sollte. Andernfalls bestünde die Gefahr, dass sich der Doktorand bei seinen Recherchen in der Geschichte des Lagers und dessen Nachnutzung „verlieren“ könne.

Der zweite Kolloquiumstag war den Stipendiaten im zweiten Förderungsjahr vorbehalten. Eröffnet wurde dieser von **Moritz Reininghaus**. Der Referent analysiert - ungewöhnlich für eine Promotion – das Leben von Rudolf Schottlaender. Dieser wirkte in vier verschiedenen politischen Systemen als Intellektueller. Reininghaus porträtierte Schottlaender (1900-1988) als in den verschiedenen deutschen Staaten immer wieder aneckenden Philosophen und Altphilologen mit einer "typisch deutsch-jüdischen Akademikerbiographie". Der Schüler Max Webers fand nach dem Zweiten Weltkrieg weder in der SBZ, noch in West-Berlin eine dauerhafte Bleibe. Schottlaender emigrierte nach dem Verlust des Status als "politisch und rassistisch Verfolgter" 1960 wieder zurück in der DDR. Reininghaus legte einen Schwerpunkt seines Vortrags vor allem auf seine Kontakte zu kirchlichen und oppositionellen Gruppen in der Spätphase seines Lebens. In evangelischen Gemeinden sprach er vor allem politische Themen an. Die anschließende Diskussion konzentrierte sich auf den speziellen biographischen Ansatz von Reininghaus. Einige Diskutanten schlugen einen Bruch mit der bisher erarbeiteten Stationserzählung vor, um mehr Wert auf den politischen Zündstoff des Wirkens Schottlaenders zu legen. Andere Diskussionsteilnehmer verteidigten wiederum den bisher verfolgten Ansatz, zumal Reininghaus andere Schwerpunkte als die bisher vorliegende Schottlaender-Biographie setzt. Ein Beispiel ist die Debatte um Schottlaenders Übersetzung von Marcel Prousts "Der Weg zu Swann", die in dem Projekt von Reininghaus eine zentrale Rolle einnimmt und so erstmals umfassend beleuchtet wird. Deutlich wurde zudem, dass sich der Referent auf einen breiten Quellen-Fundus stützen kann, der unter anderem auch Akten des MfS umfasst.

Philipp Wille stellte anschließend seine Arbeit vor, die den Wandel der Moralvorstellungen in der DDR-Krimiserie "Polizeiruf 110" analysiert. Die Serie ging auf einen entsprechenden Anstoß Honeckers zurück und stellte so ein lohnenswertes Desiderat der Forschung über die Sagbarkeitsregeln zu verschiedensten gesellschaftliche Themen in der DDR dar. Der Referent hatte im Vorjahr Wert auf das theoretische Gerüst des Sozialismus als Religionsersatz gelegt. In diesem Jahr präsentierte er empirische Befunde. Zum einen analysierte er einen Filmausschnitt qualitativ, zum anderen stellte er einen Längsschnittvergleich mit verschiedenen Ausschnitten zum Umgang mit Alkoholismus dar. Alkoholismus stellt für Wille eine von sieben „Todsünden“ der DDR-Bürger dar, also zentrale und wiederkehrende Themen im „Polizeiruf“. Besonders dieser Vergleich beeindruckte, da die gewählten Filmausschnitte klar den Wandel des Umgangs mit dem Thema aufzeigten. Wurde Alkoholismus in den Polizeirufen bis 1981 noch als rein juristisches Problem verstanden, ist in den 1980er Jahren ein Paradigmenwechsel festzustellen: An zentralen Stellen finden sich psychologische Deutungsmuster für Alkoholismus Die sozialistische Ideologie bietet in den Polizeirufen fortan nicht mehr die Lösung für dieses gesellschaftliche Problem. Die Entwicklungen in der SED und der DDR spiegeln sich so in den Polizeirufen wieder, bis hin zu einer Anprangerung der realsozialistischen Verhältnisse. Für einen "Staatskrimi" eine bemerkenswerte Entwicklung, die Wille auch an den anderen "Todsünden des DDR-Bürgers"

nachzuzeichnen versucht. Die Diskussion kreiste vor allem um die Frage, wie die theoretische Ebene mit dem empirischen Teil verschränkt werden kann. Einige Diskutanten sahen die Gefahr, dass Wille sich zu sehr auf den ersten Teil konzentriert, die Stärken des Projekts jedoch in der Analyse der Polizeirufe liege. Erörtert wurde zudem, dass Wille keine "Geschichte des Polizeirufs" schreibt, sondern diesen als Folie nutzt, um den Ideologieverfall in den 70er und 80er Jahren darzustellen, der am Beispiel der Darstellung von Alkoholismus im Vortrag bereits deutlich geworden ist. Eine Ausweitung der Forschungen auf die Strukturen des DDR-Fernsehens wurde daher nicht empfohlen.

Stefanie Kracht trug dann zu ihrem Thema Kulturpolitik in Mecklenburg-Vorpommern nach 1990 vor. Mit einem politikwissenschaftlichen Ansatz aus der Policy-Forschung vergleicht sie drei zentrale Museen dieses Bundeslandes: Das Pommersche Landesmuseum Greifswald, die Kunsthalle in Rostock sowie das Staatliche Museum Schwerin. Diese stehen exemplarisch für drei unterschiedliche Wege, die nach der Wiedervereinigung eingeschlagen worden sind: Kontinuität (Schwerin), Wandel (Rostock) und Neubeginn (Greifswald). In ihrer Präsentation bezeichnete Stefanie Kracht die Kulturpolitik als Querschnittsaufgabe, die für die jeweilige Opposition immer ein interessantes Handlungsfeld gewesen ist. Sie erkannte in der Kulturpolitik Mecklenburg-Vorpommerns drei verschiedene Phasen: Nach dem Ende der DDR währte der Neuanfang in der Kulturpolitik etwa fünf Jahre, bevor diese effektiv auf- und umgebaut werden konnte. Seit 2000 konsolidiert und stagniert die kulturpolitische Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern mit unterschiedlichen Auswirkungen auf die drei im Blick befindlichen Museen. So ist das Staatliche Museum Schwerin im Jahr 2001 in die Leuchtturmförderung des Bundes aufgenommen worden, während die Kunsthalle Rostock fortwährend mit Finanzierungsschwierigkeiten zu kämpfen hat. Der Referentin wurde angeraten, die Vergleichsebene zwischen den drei Museen noch stärker herauszuarbeiten, da in der bisherigen Arbeitsgliederung den Schlussfolgerungen noch zu wenig Platz eingeräumt wird. Sinnvoll erschien den Diskussionsteilnehmern zudem eine stärkere Beleuchtung der Akteure in den beteiligten Städten. Kracht gab auf diesen Einwand hin einen kenntnisreichen Überblick über die entscheidenden Akteure in den jeweiligen Museen und Städten.

Die Politikwissenschaftlerin **Kerstin Lorenz** beschloss das Kolloquium. Ihr Vortrag widmete sich den christlich-jüdischen Arbeitsgemeinschaften in der DDR zwischen 1970 und 1990, die sie als "Erinnerungsopposition" zum staatlichen, "antifaschistischen" Geschichtsbild bezeichnete. Sie beleuchtete in ihrem Vortrag den schwierigen Weg in den Landeskirchen der DDR zu einem christlich-jüdischen Dialog. Dieser wurde bis Mitte der 70er Jahre vielfach aufgrund eines kirchlichen Antijudaismus abgelehnt. Der christlich-jüdischen Dialog wurde durch die Rahmenbedingungen in der DDR zusätzlich erschwert: Die jüdischen Gemeinden waren quantitativ schwach. Zudem war der interreligiöse Dialog stets von Zensur bedroht. Einige wenige Pfarrer und Juden versuchten diesen Zustand in den 70er Jahren zu ändern. Lorenz konzentriert sich in ihrer Dissertation auf Arbeitsgemeinschaften in Leipzig, Berlin und Dresden. Sie betonte vor allem den 9. November 1978, den vierzigsten Jahrestag der Novemberpogrome, als Wendepunkt in der ostdeutschen Erinnerungskultur. Zu diesem hatten die AGs durch Gedenkveranstaltungen entscheidend beigetragen. Die Arbeitsgemeinschaften gedachten also nicht, wie sonst in der DDR üblich, kommunistischen Widerstandskämpfern, sondern jüdischen Opfern. Die Referentin bezeichnete die Arbeitsgemeinschaften in der Folge

als Autonomie- und Schutzräume, in denen ein alternatives Israel-Bild gepflegt werden konnte. Die AGs veranstalteten rege besuchte Vorträge zum Judentum, die auch Nicht-Kirchengänger erreichten und so eine Art "Volkshochschul-Ersatz" bildeten. Ihr Erfolg war auch daran ablesbar, dass die staatliche Kirchenpolitik 1988 die Arbeitsgemeinschaften kopierte. Nur dort aber fand eine kontinuierliche Arbeit zum christlich-jüdischen Dialog statt. Der Referentin wurde in der Diskussion empfohlen, auch beziehungsgeschichtliche Aspekte in ihre Dissertation einzubeziehen. Teile der kirchlichen Entwicklung in der DDR seien ohne die zeitgleichen Entwicklungen in der Bundesrepublik nicht zu verstehen. Kritisch diskutiert wurde schließlich auch der Begriff "Erinnerungsopposition". Möglicherweise seien "alternative Erinnerung" oder "Gegengeschichte" treffendere Begriffe für die AGs.

In der abschließenden Reflexionsrunde wurde erneut die Verzahnung des Kolloquiums mit der Geschichtsmesse gelobt, zumal das Oberthema der Messe mit vielen in der Arbeit befindlichen Themen in Zusammenhang stand. Für die Stipendiaten ist der Vortrag im Rahmen des jährlichen Kolloquiums eine Gelegenheit, einem in der DDR-Geschichte bewanderten Fachpublikum den aktuellen Arbeitsstand zu präsentieren. Die überschaubare Zusammensetzung der Diskussionsteilnehmer in einem geschützten Raum, bestehend aus Professoren, Alt- und Mitstipendiaten sowie den für den Arbeitsbereich Wissenschaft verantwortlichen Personen der Bundesstiftung Aufarbeitung sorgte für ein fruchtbares Diskussionsklima. Dabei wurden der durchgehend innovative Ansatz der geförderten Promotionen sowie der Fortschritt der Arbeiten im zweiten Förderungsjahr deutlich. Themen- und auch Fächervielfalt sorgten für ein rundum abwechslungsreiches und interessantes Kolloquium, bei dem jeder Teilnehmer Impulse für die eigene Arbeit mitnehmen konnte. Anschließend blieb ausreichend Zeit, sich den noch folgenden Vorträgen und Diskussionen der Geschichtsmesse zu widmen.